



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

D/IX/283 - 14.12.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Wiedervereinigung und Pariser Verträge	S. 1
Die Verantwortung für Südvietnams Schicksal	S. 3
Späte Erkenntnisse über KNA	S. 4
FDP in Hessen isoliert	S. 5

---

## Deutschlands Lebensfrage vor dem Bundestag

P.R. Es hat in den letzten Jahren in Deutschland manche aussenpolitischen Debatten gegeben, denen man mit grösserer Spannung entgegen sah, als der morgigen Behandlung der Verträge, die am 23. Oktober dieses Jahres in Paris unterzeichnet wurden. Das lag einmal daran liegen, dass es sich zunächst um die erste Lesung, also noch nicht um die endgültige Entscheidung handelt, zum anderen daran, dass die Fronten des Für und Wider im Grunde abgesteckt und Überraschungen unwahrscheinlich sind.

Aber von der Sache her, die zur Vorentscheidung steht, kommt der morgigen Sitzung des Bundestages eine geradezu historische Bedeutung zu, weil es dabei um die deutsche Lebensfrage geht, um die Voraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Die Pariser Verträge sind, groß gesprochen, an die Stelle der EWG getreten, die am 30. August dieses Jahres durch einen Beschluss der französischen Nationalversammlung endgültig zu Stande getragen wurde. Sie sind ein neuer Versuch mit zur Teil erheblich, zu einem anderen Teil geringfügig veränderten Methoden, das Werk der westeuropäischen Einigung voranzutreiben, vor allen auf militärischem Gebiet, unter Einschluss der Bundesrepublik, aber ohne praktische Berücksichtigung, ja unter Missachtung der Tatsache, dass diese Bundesrepublik nur ein Teil des ganzen Deutschland ist, dessen anderer Teil im Machtbereich der Sowjets liegt, so in sich

die deutsche Situation mit der irgend eines anderen Teilnehmerstaates des Pariser Systems überhaupt nicht vergleichen läßt.

Die Bundesregierung und die sie tragenden politischen Kräfte können diese besondere Lage der Bundesrepublik nicht leugnen, wenn sie sie auch sehr beiläufig behandeln oder nach Möglichkeit überhaupt unerwähnt lassen. Läßt sich aber die Krörterung des Themas einmal gar nicht vermeiden - und am 15. Dezember wird das der Fall sein -, so operiert man auf dieser Seite mit der Behauptung, die schon zu Zeiten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft herhalten mußte, die Ratifizierung der Verträge werde der schließlichen friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands nicht im geringsten abträglich, vielmehr ihr dienlich sein, ja sie erst ermöglichen.

Inzwischen hat die Macht, auf deren Einverständnis man bei einer Wiederherstellung der deutschen Einheit auf friedliche Weise unter allen Umständen angewiesen ist, die Sowjetunion, nehmals mit äußerstem Nachdruck erklärt, nach der Ratifizierung der Pariser Verträge werde eine Konferenz mit der Tagesordnung der Wiederherstellung der deutschen Einheit "gegenstandslos" sein. Im Westen hat man die sowjetische Feststellung mit der Behauptung zu entkräften versucht, sie sei nichts als Drohung und nicht ernst zu nehmen. Die Sowjets würden nach der Ratifizierung, ja nur nach ihr, zu Verhandlungen bereit sein, die tatsächlich auf Erfolg im Sinne der westlichen Vorstellungen hiefen. Diese Behauptung, seit Jahren (und seinerzeit im Bezug auf die dann gescheiterte EWG) aufgestellt, ist niemals begründet worden. Niemals hat man sich nur den Versuch gemacht, das zu tun, es sei denn mit gänzlich unbewiesenen und unabweisbaren Behauptungen und mit Hinweisen auf wahrscheinliche psychologische Wirkungen dieser Politik auf den Kreaml. Diese Art, Politik zu machen, gleicht dem Verhalten des Poker-Spielers, der einfach darauf vertraut, schließlich doch die bessere Karte in der Hand zu haben.

Hier wird ein Spiel mit der deutschen Wiedervereinigung nach

dem Motto "es wird schon gut gehen", ein Spiel, das man leider nicht anders als sträflich leichtfertig bezeichnen kann. "Die Frage, wie die Westmächte sich die Realisierung der deutschen Wiedervereinigung konkret vorstellen, muss jetzt u. a. u. der Schließung der neuen Verträge gestellt werden... Die Aufstellung deutscher Divisionen ist dann zu akzeptieren, wenn begründete Hoffnung besteht, auf diese Weise die Wiedervereinigung zu fördern, sonst nicht. Zu solchen Hoffnungen gehört aber nicht nur die vertragliche Verpflichtung der Westmächte, aber auch Anstrengungen, sich für die Wiedervereinigung einzusetzen, sowohl auch der konkrete Versuch einer Verwirklichung".

Diese Sätze stammen nicht von sozialdemokratischer Seite, sondern fanden sich Ende November in dem Organ der Evangelischen Kirche in Norddeutschland, der von Bischof Bilje herausgegebenen "Sonntagsblatt". So denken Millionen, vor allem junger Menschen in Westdeutschland, auch soweit sie in anderen Fragen nicht der Meinung der Sozialdemokraten sind.

Was in der Frage einer friedlichen deutschen Wiedervereinigung in den kommenden Jahren versucht würde. Möchte in diesen Jahren nicht wieder aufhalten werden.

Der neue Steuermann in Saigon

Dr.R. Küsserlich scheint in Saigon, der südvietnamesischen Regierungszentrale, nun alles in Ordnung zu kommen, seitdem der Staatsoberhaupt Bao Dai, der seine Entscheidungen statt in seiner Hauptstadt an der reizvollen französischen Riviera zu fällen pflegt, neue Anweisungen gegeben hat. Ob sie seinem eigenen Urteil entsprungen, ist unklar. Jedenfalls war es die von Washington empfohlene Lösung, als er den Ministerpräsidenten Ngo Dinh Diem in seiner Stellung stärkte und dessen Gegenspieler, den bisherigen Generalstabschef der vietnamesischen Nationalarmee, Van Dinh, absetzte. Zu diesem Zweck zitierte Bao Dai den General, der wahrscheinlich zu den wenigen gehört, die die Lage "von Ort" richtig beurteilen, nach Frankreich, entblösste ihn so des massiven Rückhalts der Armee und hatte es dann leicht, ihn abzusetzen. Der rückengestärkte Regierungsoberhaupt tat ein Übriges und sprach gegen seine gefährlichen Konkurrenten die Verbannung aus. Dieser darf nicht mehr nach Vietnam zurückkehren, eine Massnahme, die offensichtlich wenig Vertrauen in die eigene Stärke verrät.

Die von Bao Dai ausgegangene neue Entwicklung rührt an den Kern der zukünftigen Probleme, die sich Vietnam solange stellen, als die Frage eines Wahlsieges zwischen Vietnam und der Vietminh noch nicht beantwortet ist. Und bis dahin vergehen immerhin noch anderthalb Jahre. Der abgesetzte Van Dinh war in den Anschauungen der französischen Armee aufgewachsen. Als Nationalist wünschte er natürlich ein unabhängiges Vietnam, doch in freigewählter Anlehnung an Frankreich, obwohl die von ihm geschaffene Nationalarmee von Paris her nicht gerade gefördert worden ist. Sein stiegreicher Gegner Ngo Dinh Diem ist ein Feind Frankreichs und setzt ausschliesslich auf die amerikanische Karte. So war es nicht verwunderlich, dass Mendés-France anlässlich seines Washingtoner Besuchs erfuhr, dass nur Ngo Dinh Diem auf amerikanische Unterstützung rechnen könne. Sonderbotschafter Collins hatte sich vorher bei seiner Regierung stark gemacht und mindestens 500 Dollarmillionen für das Regime des Schützlings gefordert. Washington vertraut darauf, dass sein Mann durch die finanziellen Krücken in die Lage versetzt wird, sich nicht nur im Lande durchzusetzen, sondern auch Ho Tschí minh's Chancen bei den Wahlen herabzumindern. In Paris bezweifelt man das, weil man weiss, dass der neue Mann nicht viel Anhang hat und zunächst gegen die drei Sekten vorgehen müsste, die sieben Zehntel

SPD-Pressedienst

P/IK/283

- 4 -

14.12.1954

des Landes beherrschen, wenn er nicht ihr Spielzeug werden will.  
Die Armee bleibt weiter die grosse Sphinx.

Damit übernehmen die USA auch das höchste Mass an Verantwortung für die zukünftige Entwicklung in Vietnam, ob es dort gelingen wird, der massiven Propaganda Ho's etwas gleich Wirksames entgegenzusetzen, die Not der Flüchtlinge auf die Dauer zu beheben und mit grundlegenden Reformen endlich Ernst zu machen. Dazu gehört die Beseitigung des Chaos, die Lahmlegung der Cliquengewalten, die Vernichtung der Korruption und die Erfüllung der Massen mit einer tragenden Idee, die sich stärker erweist als die Thesen Ho's. Gerüchte wollen in Saigon nicht verstopfen, dass die Wähler auf den Nimmerleinstag verschoben werden sollen. Nur der sicht- und greifbare Erfolg einer Politik, die auf positiven Faktoren beruht, kann verhindern, dass Ho mit seinen Divisionen nach der Wahl legal in Saigon einmarschiert.

+ + +  
KNA masseregelt CSU

M.K. Es ist in höchster Weise ergötzlich, eine nicht zum Abdruck bestimmte vertrauliche Information der "Katholischen Nachrichten-Agentur" vom 11. Dezember zu lesen, die sich mit der Regierungsbildung in Bayern beschäftigt und der CSU kräftig die Leviten liest. Dr. wird Waldemar von Knoeringen zitiert, der "zutreffend" gesagt haben soll, "die CSU hat die Regierungsbildung verschlafen." Die katholische Nachrichten-Agentur macht ihren katholischen CSU-Freunden den Vorwurf, dass sie "den Feiertag bei ihren Familien" verbracht hätten, statt zu politisieren - und wir dachten doch bisher, das sei durchaus im Sinne der KNA. Aber jetzt, wo es um die Macht in Bayern geht, denkt man anders.

Jetzt mahnt die KNA, dass die CSU in Bayern "eine genaue Analyse der Wählermeinungen" hätte vornehmen müssen, um zu begreifen, wie weit sie den anderen Parteien entgegenkommen musste. Wir erinnern uns nicht, dass die KNA die CDU in Hessen, in Schleswig-Holstein oder in Hamburg in ähnlicher Weise ermahnt hat, als es dort darum ging, die Meinung der Wähler bei der Bildung der Regierung zu berücksichtigen. Jetzt weist die katholische Agentur auch, dass die CSU "ein grossartiges Angebot" an die Bayernpartei hätte machen müssen, dass "eine an den Tag gelegte Unbelehrbarkeit, die nicht mehr zu begreifen war", in Bayern unzweck-

SPD-Pressedienst

P/IX/283

- 5 -

14.12.1954

mässig war. Ob dieses Wissen nicht auch in den anderen deutschen Ländern zweckmässig gewesen wäre?

Man traut seinen Augen nicht, ausgebrochen im Informationsdienst der Katholischen Nachrichten-Agentur zu lesen, dass die CSU "im kulturpolitischen Bereich ohne Rücksicht" vorgegangen sei. Will die KNA etwa die CSU auffordern, unveräusserliche Rechte der Katholischen Kirche preiszugeben?

Es muss ein grosses Erschrecken im Lager des Bundeskanzlers gegeben haben, dass der getreueste Nachrichtendienst dieser Partei, der "katholisch" sagt und "politisch" meint, politisch im Sinne der CDU/CSU so grundlos, so kompromissbereit wird, dass er aus der Fassung gerät, der CSU vorzuwerfen: "Die CSU wollte aber bestenfalls nur Almosen verteilen".

Es hätte der katholischen Agentur besser angestanden, wenn sie wenigstens in ihrem vertraulichen Informationsdienst in sich gegangen wäre und dort etwa gesagt hätte: Das hat man davon, wenn man schadenfroh ist, wenn man überheblich wird, wenn sich nicht selbst beschränken kann, wenn man sich selbst mehr liebt als den Nächsten, wenn man in sündiger Weise die Macht inbrünstiger anbietet als Toleranz zu üben. Es wäre christlicher gewesen, die Unfairness anzuprangern, die die CSU - die CDU nicht minder - im Wahlkampf als Mittel zum Zweck verwendete. Vielleicht liest die KNA inzwischen einige ausländische Zeitungen, die dem Kanzler wohlgesinnt sind, seiner Partei aber bei dieser <sup>den</sup> Gelegenheit einiges sagen, was nachdenklich stimmen sollte. Es zehlt sich nicht immer aus, die Methoden des Kanzlers nachzumachen, die im Bundestagswahlkampf (Schroth-Scharley) und nun wieder im Berliner Wahlkampf (ein sozialistischer Bürgermeister hat keine alliierte Hilfe zu erwarten) mit Absicht und Vorbedacht angewendet werden. Christlich oder nicht christlich - das ist hier die Frage.

+ + +

Das Bündnis CDU-FDP hielt nicht stand

F.S. Frankfurt

CDU und FDP, die sich bereits vor der Wahl wie die Sieger gebärden, stehen nun vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Wahlkampfstrategie. Die Entwicklung ging über ihre Wünsche und Ziele hinweg und sie bezahlen jetzt ihre eigene Scherfächerei mit dem Abseitsstehen. Das

- 6 -

Bündnis mit dem negativen Ziel, die Sozialdemokraten aus der Regierungsverantwortung zu vertreiben, ist zusammengebrochen, als es sich bewähren sollte. Schon wurden CDU-Stimmen laut, die erklärten, man brauche sich an das Wahlbündnis mit der FDP nicht zu halten, da deren Bundesvorsitzender Dr. Dehler es bereits während des Wahlkampfes mehrfach gebrochen habe!

Innerhalb der CDU gewannen in den letzten 14 Tagen die Gemässigten, die für eine Zusammenarbeit mit der SPD plädieren, immer mehr Zustimmung und der hessische Adenauer-Adlatus, der CDU-Landesvorsitzende Dr. Fay, geriet zunehmend in eine Isolierung. Die Auseinandersetzungen innerhalb der führenden CDU-Fraktion waren heftig und es wurde mit Vorwürfen gegen die Verantwortlichen für das Bündnis mit der FDP und den allzu scharfen Ton im Wahlkampf nicht gespart. Cogleich das Gespräch zwischen SPD und CDU in sachlicher und offener Weise geführt wurde, liessen die sozialdemokratischen Verhandlungsführer keinen Zweifel daran, dass die Wahlkampfatmosphäre bereinigt werden müsse, bevor an eine Erweiterung der Regierungsbasis durch eine Herbeiführung der CDU in die Koalition zu denken sei. Ob die Regierungsparteien - SPD und BEB - dem Gedanken einer Erweiterung der Regierung durch die CDU näherzutreten werden, hängt jetzt davon ab, inwieweit die CDU ihre Erklärung, eine sachliche und konstruktive Opposition zu betreiben, in die Tat umsetzt.

Während einzelne Persönlichkeiten der FDP sich ebenfalls auf die Kontaktsuche mit der SPD begaben, liess der zum drittenmal bei den Wählern durchgefallene Regierungsaspirant, der FDP-Landesvorsitzende August Martin Euler, gellenbitter vernehmen, die FDP sehe keinerlei Anlass zu Gesprächen mit der SPD und im übrigen hätten auch keine FDP-Vertreter Kontakt mit der Staatskanzlei in Wiesbaden gesucht. Dieses Dementi Eulers entspricht zwar seiner persönlichen Verbitterung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine Stellung innerhalb seiner Partei aufgrund der letzten Entwicklungen angeschlagen ist. Die liberalen Kreise in der FDP wenden sich nunmehr energischer denn zuvor gegen den Euler-Kurs, der bisher nicht in der Lage war, der FDP entscheidende Vorteile zu bringen. Dieser Kurs hat diese Partei in Hessen in eine Isolierung gebracht, die kaum eine Parallele in einem anderen Bundesland findet.